

Ivo Muri, der unparteiische  
Regierungsratskandidat

## Leserbrief

### Bevölkerung wird enteignet

Am 31. März mussten alle Mitgliedsländer der Welthandelsorganisation WTO, darunter auch die Schweiz, die Sektoren nennen, die sie im Rahmen des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) liberalisieren wollen. Das GATS ist ein Vertrag der Welthandelsorganisation, der demnächst in neuen Verhandlungen erweitert werden soll. Betroffen von den künftigen Verhandlungen sind sämtliche Bereiche des öffentlichen Sektors, in denen bisher Handelshemmnisse herrschten, das heisst, in denen private Anbieter bisher nicht oder nur beschränkt tätig sein konnten: Bildung, Gesundheit, öffentlicher Verkehr, Elektrizität, Post, Telekommunikation, Wasserversorgung etc. Ein wesentliches Ziel der WTO ist es, die so genannte «Inländerbehandlung» durchzusetzen, nach der ausländische Anbieter auf einem Markt unter den gleichen Bedingungen wie inländische Anbieter tätig sein können. Die Folge dieser Entwicklung wird sein, dass Subventionen abgebaut werden müssen. Dies bedeutet über kurz oder lang einen massiven Einschnitt in die öffentlichen Dienste. Das Prinzip des «Service public» wird völlig untergraben. Damit private Unternehmen mit dem marktwirtschaftlichen Potenzial der Post- oder Verkehrsdienstleistungen Profit machen können, wird die Bevölkerung enteignet. Denn bei der Privatisierung werden die über Jahrzehnte durch Investitionen der öffentlichen Hand aufgebauten Betriebe und Dienste meist weit unter ihrem Wert verkauft. In der Folge verschlechtern sich die Dienstleistungen, während die Preise steigen.

Die WTO betreibt die Verhandlungen über die Liberalisierung von lebenswichtigen Dienstleistungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Für die Schweiz bestimmt eine Abteilung des Seco, des Staatssekretariats für Wirtschaft, welche Betriebe die Schweiz im Inland und in anderen Ländern liberalisieren will. Die Forderungen und Angebote der verschiedenen Länder in Sachen Marktöffnung entziehen sich jeglicher demokratischen Kontrolle. Das derzeitige Verhandlungsprozedere zeichnet sich durch äusserste Intransparenz aus, da abgesehen vom Seco niemandem sonst Einblick, geschweige denn Mitbestimmungsrecht in die Liberalisierungslisten gewährt wird. Erst im April, also nach dem WTO-Abgabetermin, wird dieser Angebotskatalog angeblich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Immer mehr Menschen wehren sich heute gegen diese Entwicklung. In den letzten Jahren ist die globalisierungskritische Bewegung stark angewachsen. Diese Bewegung sagt nein zur Macht der Konzerne und der Herrschenden. Sie fordert eine andere Welt, in der die Bedürfnisse der Bevölkerung und des lokalen Gewerbes im Vordergrund stehen. An diesem Wochenende haben Sie bei den Grossrats- und Regierungsratswahlen des Kantons Luzern die Möglichkeit, diese Bewegung mit Ihrem Wahlzettel zu unterstützen.

*Ivo Muri, Regierungsratskandidat CHance21, Sursee*